

Schweizer AHV-Reform überraschend deutlich abgelehnt

Referendum Die AHV-Reform ist an den Urnen gescheitert. Ein Plan B existiert nicht. Auch Liechtenstein bekommt dies bei der Mehrwertsteuer zu spüren.

52,7 Prozent der Stimmbürger stimmten gegen die Gesetzesvorlage. Die Verfassungsänderung, die für die Erhöhung der Mehrwertsteuer nötig war, scheiterte knapp mit 50,1 Prozent. Auch das Ständemehr kam nicht zustande. 11 Kantone und 5 Halbkantone sagten Nein. Durch die Reform hätte es Einbussen für die Versicherten, aber auch Rentenverbesserungen gegeben. Frauen hätten wie Männer in der Regel bis 65 Jahre arbeiten müs-

sen. Der Umwandlungssatz in der obligatorischen beruflichen Vorsorge wäre von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt worden. Das hätte für die jüngeren Versicherten eine Rentenkürzung von 12 Prozent bedeutet. Um dies auszugleichen, hätten alle neuen AHV-Renten um 70 Franken erhöht werden sollen, die Ehepaar-Renten um bis zu 226 Franken. Ausserdem wären Pensionskassenbeiträge erhöht und die Höhe des versicherten Lohn nach oben korrigiert worden. Eine Mehrwertsteuererhöhung von 0,6 Prozent hätte die AHV-Financen für die nächsten Jahre zudem stabilisiert.

In 10 Jahren zahlungsunfähig

Kritiker bemängelten jedoch, dass auch mit der Reform die AHV ohne erneute Anpassungen in 20 Jahren

teilweise zahlungsunfähig gewesen wäre. Mit der Ablehnung wird diese Situation jedoch nun schon in 10 Jahren eintreten. Überzeugende Ideen, wie dies abgewendet werden könnte, liegen derzeit nicht vor. Die nun schon 20 Jahre währende Blockade dürfte weiter andauern. Überwinden müsste sie Bundesrat Alain Berset, der sich am Freitag als Innen- und Sozialminister bestätigen liess. Doch Berset ist der grosse Verlierer dieses Abstimmungssonntags: Er hat die Reform als alternativlos verkauft.

Folgen für Liechtenstein

«Für die Schweiz stellt sich jetzt, nach erneuter Ablehnung einer AHV-Vorlage, die Frage, welche Reformschritte mehrheitsfähig sind», kommentiert Regierungschef Adrian

Halser das Ergebnis auf «Volksblatt»-Anfrage. Hier sei Liechtenstein schon einen wesentlichen Schritt weiter, betont er in Hinblick auf die langfristige Sicherung der Altersvorsorge. Aber auch für Liechtenstein hat das Nein Konsequenzen und zwar beim Staatshaushalt: Hätte es ein Ja gegeben wäre die Mehrwertsteuer im Jahr 2021 erhöht worden, und zwar von 8 auf 8,3 Prozent, erklärt der Regierungschef. Diese Erhöhung hätte dem Land zwischen 7 und 8 Mio. Franken zusätzlich eingebracht. Nun werde die Mehrwertsteuer bereits das nächste Jahr auf 7,7 Prozent reduziert. Dies führt dazu, dass die Einnahmen entsprechend tiefer ausfallen werden. Budgetiert sei das Geld jedoch noch nicht gewesen, ergänzt Hasler. (alb/sda)